Verwaltung

In fünf Jahren hat der Kanton über 70 Projektstellen in unbefristete Stellen überführt



Von Claudia Meier

07.03.2026, 05.00 Uhr

Befristete Anstellungen bei der Kantonsverwaltung sind bürgerlichen Politikern schon länger ein Dorn im Auge. Weil sie einen Stellenaufbau durch die Hintertür befürchten, haben sie von der Regierung Antworten zu dieser Praxis verlangt. Diese liegen nun vor.



Die Aargauer Regierung mit (v. l.) Dieter Egli, Stephan Attiger, Markus Dieth, Jean-Pierre Gallati und Martina Bircher.

Bild: Raphaël Dupain

- Sechs Grossratsmitglieder hinterfragen die Projektstellen-Praxis beim Kanton.
- Sie haben dazu eine Interpellation beim Regierungsrat eingereicht.
- In seinen Antworten zeigt der Regierungsrat, wo zwischen 2021 und 2025 besonders viele Projektstellen geschaffen und wie viele verstetigt wurden.

Budget- und Personalfragen sind zentrale Themen der Politik. Auch im Aargau. Schliesslich geht es neben der Aufgabenerfüllung darum, die Ausgaben und das Stellenwachstum im Griff zu haben.

Noch während der letztjährigen Budgetdebatte hinterfragten sechs Grossratsmitglieder von SVP, EDU, GLP, FDP und EVP die Praxis mit Projektstellen bei der kantonalen Verwaltung. Zu den befristeten Arbeitsstellen, die an ein Projekt gebunden sind, sowie zur Wirkungskontrolle reichten sie eine Interpellation ein. Jetzt liegen die Antworten der Regierung vor.

2,9 Prozent des Personals arbeiten in Projektstellen

Soviel vorweg: Projektstellen setzen einen separaten Beschluss des Regierungsrats voraus. Ab einer Kostengrenze von 250'000 Franken auch einen Verpflichtungskredit. Für das Beantworten der Fragen wertete der

Vorhaben, die in diesem Zeitraum begannen, beendet wurden oder noch laufen.

Im Budget 2025 umfasste der gesamte Stellenetat des kantonalen Personals 5027 Stellen. Davon waren 4318 ordentliche Stellen (85,9%), 563 fremdfinanzierte Stellen (11,2%) und 146 Projektstellen (2,9%). Durchschnittlich bewilligte der Regierungsrat zwischen 2021 und 2025 rund 70 neue Projektstellen pro Jahr.

Mit 148 respektive 109 neuen Projektstellen waren die Zahlen in den Jahren 2022 und 2023 am höchsten. Damals entstanden allein im Departement Gesundheit und Soziales in den Bereichen Gesundheit für das Vorhaben «Bekämpfung Covid-19-Pandemie» und im Bereich Betreuung Asylsuchende 81 respektive 66 Projektstellen. Letztes Jahr waren es über alle Aufgabenbereiche nur noch 27 Stellen.

Grosser Rat bewilligte sechs Stellen nicht

In den letzten fünf Jahren gab es zwei Vorhaben, die der Grosse Rat in der Budgetberatung ablehnte: «Unterstützung Professionalisierung Dolmetscherwesen» bei den Gerichten Kanton Aargau und «Aargau 2030/Arealentwicklung» beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt. Zudem wurden zwei Vorhaben reduziert («Ukraine Massnahmen» beim Departement Bildung, Kultur und Sport und «HR-Strategie» beim Departement Finanzen und Ressourcen). Mit anderen Worten: Insgesamt hat das Kantonsparlament sechs Projektstellen indirekt nicht bewilligt. Der Regierungsrat musste sie in der Folge aus dem Stellenplan streichen

letzten fünf Jahren war das laut Regierung bei 70,5 Stellen der Fall. Unter anderem wurden 39 Stellen aufgrund der Ukraine-Krise in den Aufgabenbereichen Migration und Integration sowie Asyl verstetigt. Den Antworten liegen mehrere detaillierte Listen zu allen Departementen bei.

Insgesamt 17 Vorhaben respektive 23 Projektstellen wurden im Auswertungszeitraum aus unterschiedlichen Gründen vorzeitig beendet. Von den rund 330 Mitarbeitenden, die bis zum Projektende eine befristete Anstellung hatten, verliess etwa die Hälfte den Arbeitgeber Kanton Aargau. Die andere Hälfte übernahm eine vakante Stelle in der kantonalen Verwaltung.

Die Notwendigkeit von Projektstellen muss beim Regierungsrat schon beim Beantragen begründet werden. Während des Projekts erfolgen dann laufend entsprechende Ergebnismonitorings.